**Internationales Zusammentreffen
von jungen Rechtshistorikern im römischen Recht**
(Thessaloniki, 27.-28. September 2013)

1. Der zugrunde liegende Gedanke des Internationalen Zusammentreffens von jungen Rechtshistorikern, das dieses Jahr in der Aristoteles Universität von Thessaloniki organisiert wurde, ist vor allem gewesen, jungen Rechtshistorikern/-innen eine Chance zur Präsentation ihrer Forschungsergebnisse zu bieten. Es handelte sich eigentlich eher um ein 'forum' für Ideen- und Meinungsaustausch sowohl von jungen als auch von angesehenen Wissenschaftlern. Nicht zuletzt hat sich bei diesem wissenschaftlichen Treffen die einmalige Gelegenheit zu persönlichen Begegnungen und Gesprächen unter Rechtshistorikern verschiedener Nationalitäten ergeben.

Solche Veranstaltungen sind ursprünglich in Deutschland in den '90 Jahren vom *Max Planck Institut für Europäische Rechtsgeschichte* in Frankfurt organisiert und seitdem in ganz Europa erweitert worden. Diese Tradition wurde dieses Jahr in Thessaloniki fortgeführt und zum ersten Mal in Griechenland ausschließlich dem Bereich des römischen Rechts gewidmet.

Thematisch gab das diesjährige Treffen ein repräsentatives Bild der rechtshistorischen Forschung ab. Das Spektrum ist so vielfältig gewesen, das von Rechtsphilosophischen und –methodologischen Fragen bis zu zivilrechtsgeschichtlichen Themen hinausreichte, wobei die Geschichte des öffentlichen Rechts und die Strafrechtsgeschichte ebenfalls vertreten wurden.

2. Die erste Sitzung unter dem Vorsitz von Andreas Wacke (Köln) ist der Rechtsphilosophie und Rechtsmethodologie gewidmet.

Methodendiskussionen unter der Einbeziehung neuerer theoretischer Strömungen in den Geschichts- und Sozialwissenschaften wurden von Sebastian Stepan (Deutschland) präsentiert. Sein Vortrag stellte einen Ausschnitt aus seiner Dissertation dar, die die Lehrer-Schüler-Beziehung zwischen den klassischen Juristen Q. Cervidius Scaevola und Claudius Tryphoninus im Hinblick auf die Bluhmesche Massentheorie untersucht.

Stepan beabsichtigte die Lehrer – Schüler Beziehung zwischen Q. Cervidius Scaevola im einzigen überlieferten selbständigen Werk des Tryphonin, seinen *libri disputationum*, nachzuweisen. Für den Nachweis erarbeitete er zunächst eng umgrenzte Kriterien, die eine Lehrer-Schüler-Beziehung ausmachen können, wie z.B. ähnlicher Gebrauch von Wertungsbegriffen, Erklärungen des Schülers für Ansichten seines Lehrers oder die Weiterentwicklung der Ideen des Lehrers durch den Schüler. Im zweiten Schritt suchte Herr Stepan geeignete Vergleichsstellen, um diese im Hinblick auf die genannten Kriterien exegetisch zu bearbeiten.

Die Kompilatoren wussten durch die *notae* des Tryphonin zu den Digesten und Responsen des Scaevola wahrscheinlich und durch die Scaevola-noster-Stellen, in denen Tryphonin sich ausdrücklich auf seinen Lehrer bezieht, mit Sicherheit, dass Scaevola Lehrer des Tryphonin war. Doch was für eine Bedeutung hatte dieses Wissen für sie?

Diese Fragen stehen in engem Zusammenhang mit der Bluhmeschen Massentheorie, nach der die Werke der römischen Juristen auf Unterkommissionen verteilt wurden, die aus diesen Werken einzelne Fragmente exzerpieren sollten. Stepan versuchte mit Hilfe eines Strukturvergleichs einzelner Digestentitel erste Hinweise zur Beantwortung der Frage, ob die Kompilatoren die Werke von Scaevola, Paulus oder Tryphonin parallel gelesen haben, zu gewinnen. Genauere Ergebnisse lassen sich natürlich nur durch inhaltliche Untersuchungen gewinnen, doch dies würde den Rahmen der Veranstaltung sprengen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nur selten „massenfremde“ Fragmente oder solche, die zwar zur Papiniansmasse gehören, aber weiter entfernt stehen müssten, in die Nähe der jeweiligen Tryphonin-Fragmente „versetzt“ wurden; außerdem betrifft dies ausschließlich Werke des Paulus. In den meisten Fällen ergibt sich die Häufung daraus, dass der jeweilige Titel keine Fragmente von Werken enthält, die nach Bluhme/Krüger zwischen den Scaevola-, Paulus- und Tryphonin-Fragmenten stehen müssten.

Bereits der Ausgangspunkt, die Häufung von Fragmenten aus Werken des Lehrers und seiner Schüler, erwies sich im Nachhinein aus statistischer Perspektive als trügerische Beobachtung. Auch die Ergebnisse des Strukturvergleichs reichten nicht aus, um anzunehmen, dass gezielt Werke von Lehrer und Schüler oder der Schüler untereinander parallel gelesen wurden. In der Umgebung der Häufungen gibt es zwar „versetzte“ Fragmente, doch handelt es sich nicht um Versetzungen, die zu erwarten wären, wenn die entsprechenden Werke parallel gelesen worden wären. Dies gilt jedoch nur mit mindestens zwei kleinen Ausnahmen: Innerhalb der Häufungen fällt auf, dass mehrmals Fragmente der *libri sententiarum* des Paulus und zweimal Fragmente der Quästionen des Scaevola in die Nähe der jeweiligen Fragmente aus Tryphonins Disputationen versetzt sind. Dies ließe vermuten, dass zumindest einzelne Mitglieder der Papinianskommission den Inhalt dieser drei Werke gut kannten und Fragmente zwar nicht systematisch parallel exzerpierten, möglicherweise aber nachträglich vereinzelt Korrekturen und Einschübe vornahmen. Genauere Erkenntnisse bleiben hier jedoch einer inhaltlichen Analyse vorbehalten.

3. Der zweite Referent Andreas Groten (Köln) hat die Systematisierung des römischen Rechts unter dem Einfluss griechischer, insbesondere stoischer, wissenschaftlicher Methodik dargestellt. Als in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts vor Christus römische Rechtsgelehrte das geltende Recht unter dem Einfluss griechischer, insbesondere stoischer, wissenschaftlicher Methodik systematisch darzustellen und zu erklären begannen, mussten sie sich angesichts des regen Vereins- und Verbandslebens Roms auch der Frage nach dem Wesen der Personenverbände stellen. Damit sahen sie sich mit einer der ältesten Fragen des Rechts der Personenverbände konfrontiert. Es handelt sich um das Spannungsverhältnis zwischen Einheit und Vielheit der Personenverbände und ihrer Mitglieder. Die Lösung dieses Problems hat weitreichende praktische Bedeutung. Sie entscheidet darüber, ob eine Gemeinde nach einem Regierungswechsel für die unter der alten Regierung angefallenen Schulden haftet oder ob der Vorstand eines Vereins diesen vertraglich verpflichten kann und ob die übrigen Mitglieder für diese Verbindlichkeit persönlich haften.

Bereits Aristoteles beschäftigte sich in seiner Politik mit diesen Fragen. Groten hat in groben Zügen aufgezeigt, mit welchen Konzepten die römischen Juristen dem Spannungsverhältnis zwischen Einheit und Vielheit der Personenverbände begegneten. Dabei stellte sich auch die Frage nach dem Wesen der seit alters her bestehenden Personenverbände.

Groten erwähnte eine der bekanntesten Digestenstellen, in der ein Jurist (Alfenus) unmittelbar auf eine philosophische Theorie Bezug nimmt und feststellt, dass die Identität des Richterkollegiums von seinem Mitgliederbestand unabhängig ist. Diese Entscheidung stellt ein Beispiel dar, wie die klassischen Juristen in verschiedenen juristischen Zusammenhängen, die Frage von Einheit und Vielheit behandeln.

Nach Groten gab diese Vorstellung einen stoischen philosophischen Einfluss wieder. Danach können mehrere Einzelkörper durch eine ihnen gemeinsam zukommende Beschaffenheit zu einem einheitlichen Gesamtkörper verbunden sein. Die Beispiele des Alfen decken alle stoischen Einheitsgrade ab. Zunächst nennt Alfen mit Legion und Volk typische Beispiele der stoischen Literatur für aus getrennten Einzelkörpern bestehende Gesamtkörper. Zu diesen gehört nach stoischer Auffassung auch das Richterkollegium. Aus dem Zusammenwirken in der Entscheidung einer Rechtssache ergibt sich die gemeinsame Beschaffenheit, die das Richterkollegium in der menschlichen Wahrnehmung zu einem Gesamtkörper macht.

Zur Begründung der allgemeinen Anwendbarkeit des der Entscheidung zugrundeliegenden Prinzips, verweist Alfen auf die zweite juristisch relevante Anwendung im Bereich des zweiten stoischen Einheitsgrades der zusammengesetzten Körper. Das Schiff dessen Planken Stück für Stück im Laufe der Jahre ausgetauscht wurden, ist ein reales juristisches Problem im antiken Seehandel. Dies zeigt, dass der Begründung Alfens, trotz des an Aristoteles erinnernden letzten Satzes, die stoische Lehre zugrunde liegt. Die stoische Einheitslehre wurde offensichtlich römischen Juristen der republikanischen Zeit als allgemeines Prinzip rezipiert und fand sowohl auf Vielheiten von Sachen als auch von Personen Anwendung.

Vor diesem Hintergrund scheint gerade bezeichnend, dass Gaius in seinem Kommentar zum Provinzialedikt berichtet, dass privaten Verbänden, deren rechtliche Existenz anerkannt war, zugestanden wurde einen Körper zu haben (*corpus habere*).

Es dürfte also nicht fernliegend sein, anzunehmen, dass die römischen Juristen der republikanischen Zeit sich des stoischen Konzepts bedienten, um die Einheit der Personenverbände im Rechtsverkehr zu begründen. Der einheitliche Gesamtkörper wurde, wie der erste Paragraph zeigt, Anknüpfungspunkt für die Rechte und Pflichten des Personenverbandes.

Groten stellte auch fest, dass nach Cicero die Gemeinden, ihre Bürger oder die stadtrömischen Vereine folglich von Natur aus unbestimmte Körper waren, da ihre Erkenntnis im skeptischen Sinne unsicher war. Erst die Anerkennung durch die Rechtsordnung in Form der Genehmigung oder der Verleihung bestimmter Rechte bestimmte die Personenverbände als Einheit hinreichend, sodass sie als Gesamtkörper eine Existenz im Recht erlangen. Die Entwicklung des Rechts der Personenverbände zeigt in besonderer Weise die Wechselwirkung zwischen griechischer Philosophie und römischer Rechtsfortbildung.

4. Zum Bereich der Rechtsphilosophie gehörte auch der Vortrag von Paulina Świącicka (Cracow). Und zwar stellte ihre Präsentation auch einen Bezug zu der Rechtslehre und Rechtspraxis der Gegenwart dar: Es handelt sich um das Thema des *consensus* in den Rechtsverhältnissen. In den römischen Quellen wird eine unterschiedliche Behandlung des Begriffs *consensus* festgestellt: Einerseits wird damit der soziale *consensus* gemeint, der vorhanden sein sollte, um zwingende Rechtssätze effizient durchsetzen zu können (*consensus omnium, consensus populi*). Andererseits bezieht sich der Begriff *consensus* im Sinne einer freiwilligen Vereinbarung auf etwas, das vorgeschlagen wurde, damit daraus Rechtsfolgen resultieren können. Unter dieser Deutung wird intuitiv der Begriff *consensus* der Sphäre des Privatrechts zugesprochen (*communis sponsio*). In der hellenistischen Zeit bzw. in der späten republikanischen römischen Zeit wurden mehr griechische philosophische Begriffe bei den Römern verbreitet. Die römischen Juristen verwendeten einige griechische Vorstellungen im Zusammenhang mit der Idee des *synallagma* und des *consensus*.

Aus welchem Grund ist dieser Einfluss des griechischen Denkens in späten klassischen Zeiten und nicht davor aufgetreten? In der Zeit der Spätclassik kann man eine besondere Notwendigkeit zur Interpretierung der kaiserlichen Vorschriften feststellen. Das Recht bekommt eine neue Dimension (*ius*). Der Konsens stellt die Grundlage für den Abschluss von lauten privaten Vereinbarungen aber auch für ihre Aufhebung dar.

Die Äußerung von Demosthenes, dass die Gesetze als Ziel das Richtige, das Schöne und das Nützliche haben und dass sie Gleichheit für allen schaffen, sowie die Äußerung von Chrysippus, dass das Recht als eine einheitliche Ordnung wie die Harmonie in der Natur funktioniert, sind hervorzuheben. Daher sollen die Gesetze uns darüber informieren was gut und was übel, was richtig und was falsch, ist, und befehlen, was man tun und was man nicht tun darf. Das berichtet Marcianus (D. 1.3.2) und ist in der bekannten Definition des klassischen Juristen Publius Iuventius Celsus (*apud* Ulp. 1 *inst.*, D. 1.1.1 pr.) berücksichtigt worden (*ius est ars boni et aequi*). Auch im Abschnitt D. 1.1.1.1 von Ulpianus (1 *inst.*) über die *iustitia*: ... *iustitiam namque colimus et boni et aequi notitiam profitemur, aequum ab iniquo separantes, licitum ab illicito discernentes, rell.* ... und auch über die *iurisprudentia* (2 *reg.*, D. 1.1.10.2): *Iuris prudentia est divinarum atque humanarum rerum notitia, iusti atque iniusti scientia*. In der Tat kann man davon ausgehen, dass auch diese Juristen sicherlich die Einflüsse der stoischen Schule absorbiert hatten.

Der Einfluss der griechischen Philosophie wie z.B. der Ideen über den Konsens, die Harmonie und die Freundschaft als Grundlage der Gesellschaft, sind in mehreren Aspekten von *ius privatum* sowie von *ius publicum* zu sehen. Ein Beispiel kann man in *Res gestae* von Augustus finden. Dort wird die *concordia ordinum* erwähnt und der *consensus universorum* als Grundlage ihrer Macht dargestellt. Diese Ansicht stellt eigentlich eine Befreiung der römischen Gesellschaft aus den möglichen Vorurteilen gegenüber der *translatio rei publicae* dar.

5. Der Vortrag von Carlos Amunátegui Perelló (Pontificia Universidad Católica de Chile) behandelt die Problematik über die Deutung des Eigentums (*dominium*) im antiken vorklassischen Rom im Bezug auf die allmähliche Entwicklung einer Marktwirtschaft.

Die Institution des Eigentums ist eine der wichtigsten Beiträge des römischen Rechts zu modernen Rechtsordnungen. Seine historische Entwicklung ist von vielen Gelehrten während der zwei letzten Jahrhunderten diskutiert worden. Die Vorstellung des Eigentums ist zentral für die politischen Ideologien, die in Europa nach der Industrialisierung entwickelt wurden. Amunátegui Perello ist der Meinung, dass die Entwicklung von einer als heredium bekannten Güterkontrolle der archaischen Zeit zur Rechtsvorstellung des Eigentumsbegriffs, die Folge einer Markt Wirtschaft der vorklassischen Zeit Roms darstellt.

Eine Handelnsmarkt ist in Rom während der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts v. Chr. in der Königszeit von Tarquinius entwickelt worden. Ein bestimmter Ort ist für das Handeln bestimmt worden, i.e. das *Forum Boarium* und die ersten Spuren einer Geldwirtschaft sind in dieser Periode festzustellen. Während der zwei letzten Jahrhunderten der Republik, wurde das Land in ganz Italien privatisiert und der Status von allen Gütern (sowohl Kapital als auch Produkten) wurde homogen. Das ist durch die *'in bonis habere'* Auffassung entstanden, die den atypischen Erwerb von *res Mancipi* legitimiert hatte.

6. Die zweite Sitzung ist unter dem Vorsitz von Francesca Lamberti (Lecce) gelaufen. Der erste Referent dieser Sitzung, Chris Rodriguez (Paris II – ANHIMA) hat sich mit dem Massaker von Kaiser Caracalla in Alexandrien im Jahre 215 n.Chr. beschäftigt. Der Vortrag untersucht die rechtliche Natur dieser Strafmaßnahmen unter Berücksichtigung von epigraphischen und papyrologischen Quellen und zielt darauf ab, die Chronologie und die Ereignisse, auch unter dem Aspekt einer bestimmten Macht des Kaisers, rechtmäßig eine strafrechtliche Maßnahme durchzusetzen, neu zu präzisieren.

Der Auftritt von Caracalla in Sarapia am 25. April 216 ist quellenmäßig nicht zu bezweifeln. Das Massaker ist gleich danach geschehen. Da der Kaiser Ende April abgefahren und sicherlich am 27. April in Antiochien präsent gewesen ist, dürfte man das Massaker gegen das Volk während der letzten Aprilwoche im Jahre 216 zeitlich festsetzen können. Unsere Kenntnissen sind nach der Entdeckung von Pap. SB VI 9213 teilweise widerlegt worden.

Die Ereignissen, die zum Massaker geführt haben, lassen sich in zwei Phasen teilen: Die erste Phase wird durch den Moment der Ankunft des Kaisers in Alexandrien in Mitten der Unruhen zwischen den Berufsgilden begründet. Die zweite vor seiner Abfahrt während der letzten Woche von April. Die Unruhen waren außer Kontrolle der örtlichen Stadtverwalter und Oberschichten. Seit seiner Ankunft in Alexandrien, zeigt Caracalla, um wieder Ruhe zu bringen, diejenigen, die verantwortlich für die Unruhen in der Stadt waren an. Zum Schluss dieses Prozesses hat er gegen die Schuldigen, d.h. Heraclitus und den alexandrinischen Gesandten die Todesstrafe durchgesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er auch die Strafverfolgung an bestimmten ἐργολάβοι erweitert. Nach dieser exemplarischen Bestrafung, kehrte wieder Ruhe in der Stadt ein und der Kaiser konnte seinen Aufenthalt fortsetzen.

Nach dieser ersten Phase der Strafverfolgung, hat Caracalla die Möglichkeit wahrgenommen, die Stadt von Alexander und Sarapis zu besuchen, für welche er einen bestimmten Kultus einfuhr. Er hat das Grab von Alexander besucht, seine Bescheidenheit

wurde vom Volk begrüßt und er hat mehreren Auszeichnungen erhalten. Dann traf er die Jugend, die von dem Projekt, eine makedonische Phalanx zu etablieren, begeistert war. Spott gegen den Kaiser von Seiten der Menge ärgerte trotzdem Caracalla so sehr, dass er dies mit einem Massaker an anwesenden Jugendlichen und deren Familien beantwortete. Dies habe zu schweren Kämpfen zwischen römischen Truppen und den Alexandrinern geführt.

Die bisherige Meinung hielt das Massaker in Alexandria, das tagelang gedauert haben soll und welchem auch auswärtige Besucher zum Opfer fielen, für ein Merkmal der Regierung von Caracalla, der nicht nur gezielt Verdächtige hinrichten ließ, sondern auch kollektive Strafmaßnahmen ergriff, denen neben Oppositionellen auch zahlreiche harmlose Personen und Unbeteiligte zum Opfer fielen. Rodriguez schlägt eine neue Erläuterung vor, dass jede von Caracalla durchgesetzte Strafmaßnahme in Alexandrien nicht willkürlich, sondern gesetzesmäßig war. Selbstverständlich ist die Härte der Strafverfolgung unzweifelhaft.

7. Die Studie von Gergely Deli (Győr) mit dem Titel *Eine Erfolgsgeschichte des Erfolgshonorars?* handelte sich um den Abschluss eines Vertrages (*pactum de quota litis*), mit dem die Anwaltsgebühr als Prozentsatz des erworbenen Schadensersatzes vereinbart wurde. Solche Verträge wurden in Rom als sittenwidrig verboten, um die Professionalität und Objektivität der Anwaltschaft zu sichern. Deli versucht die römischrechtlichen Wurzeln des Verbots aufzudecken, und nachzudenken, warum die Regelung so ein strittiges Fortleben hatte. Seiner Forschung nach, ist nicht der ganze Vertrag, sondern nur der Teil über das übermäßige Honorar in Rom verboten worden.

Die Polemie über die Zulässigkeit des anwaltlichen Erfolgshonorars ist schon ziemlich alt und trotzdem sehr lebendig. Die Auseinandersetzungen begannen spätestens vor 1800 Jahren, als ein Prätor, Claudius Saturninus einen gewissen Marius Paulus für seine hinterlistige Tätigkeit bestrafte. Ein rätselhaftes Fragment aus den Digesten erzählt uns diese Geschichte.

In der Privatrechtsentwicklung, sowohl in älteren als auch in den neueren Rechtsquellen, spiegelten zahlreiche Regelungen das römische Verbot gegen das *pactum de quota litis* wider. Es gab auch immer wieder Stimmen, die das strikte Verbot des Erfolgshonorars für überflüssig oder gerade unnützlich hielten.

Im Digestenfragment D. 17.1.6.7 hat Daphnis Marius Paulus den Auftrag gegeben, in seinem Prozess in seinem Interesse aufzutreten. Marius Paulus, als procurator des Daphnis sollte, wie es in solchen Fällen ganz üblich war, mit einer *cautio iudicatum solvi* Sicherheit leisten, dass er das Urteil erfüllen würde. Es war wegen des Prinzips der römischen indirekten Stellvertretung notwendig. Marius Paulus hat sich einen Geldbetrag (*merces*) für die Bürgschaft geleistet. Dieser Betrag war nämlich funktionell gesehen ein Anwaltshonorar, obwohl es scheinlich für die Bürgschaft geleistet wurde. Der erste Geldbetrag bedfriedigte Marius Paulus aber nicht. Er hat sich für den Fall des Obsiegens eine weitere Zahlung (*certa quantitas*) ausbedungen. Die *certa quantitas* in sich kann nicht nur eine bestimmte Summe Geldes, sondern auch einfach Menge oder Anzahl einer gewissen Sache bedeuten. Es ist daher nicht ganz unwahrscheinlich, dass Daphnis seinen Anwalt, teilweise mit den Früchten des streitbefangenen Gegenstandes,

also aus den konkreten Erfolgen des gewonnenen Prozesses (*ex eventu litis*) bezahlte. So konnte man *miores fructus* ganz untechnisch und problemlos als grössere Früchte übersetzen. Daphnis ist auf die zweite Zahlung eingegangen, weil Marius Paulus ihn über die Gewinnchancen getäuscht hat. Marius Paulus hat durch diese zweite Vereinbarung in Daphnis den Schein erweckt, dass er den Prozess gewinnen konnte. In dieser Weise konnte er ein höheres Honorar verlangen, ohne das Prozessrisiko zu übernehmen.

Wie das das Fragment abschließende Marcelluszitat uns informiert, gab es zwei Arten von entgeltlichen Bürgschaftsübernahmen. Einige Bürgen haben nicht nur die Prozessbesorgung, sondern auch das Prozessrisiko auf sich genommen, andere hingegen nur die Prozessführung. Die ersteren konnten natürlich ein erheblich grösseres Honorar (*pecunia accepta*) verlangen, hatten aber keine Regressklage gegenüber ihren Auftraggebern. Sie hatten auch das Prozessrisiko zu tragen. Den anderen aber, die eine geringere Summe für die Mühen ihrer Prozessbesorgung erhielten, stand die Regressmöglichkeit logischerweise zu.

Marius Paulus versuchte sich also anhand dieser zweiten Vereinbarung einen grösseren Betrag stipulieren zu lassen, ohne das Prozessrisiko zu übernehmen und den Regressanspruch zu verlieren. Warum hat aber Daphnis das Ganze mitgemacht? Aus seinem Blickwinkel scheint das Geschäft vorteilhaft zu sein. Er konnte denken, dass sein *procurator*, Marius Paulus für einen relativ niedrigen Preis im Prozess interessiert war. Daphnis sollte seinem *procurator* letztendlich nicht eine so große Summe zahlen, die er im Fall hätte leisten müssen, wenn Marius Paulus das Prozessrisiko tatsächlich übernimmt. Daphnis meinte, dass Marius Paulus alles mögliche tun wird, um den Prozess zu gewinnen, stimuliert von dem ausbedungenen Erfolgshonorar. Andererseits war er, der höchstwahrscheinlich kein römisches Bürgerrecht besaß, dem Marius Paulus in gewissem Sinne ausgeliefert. Er konnte schon nicht mehr zurücktreten, wann Marius Paulus von ihm weitere Gegenleistungen für die Weiterführung seines Prozesses verlangte.

Das Verbot des anwaltlichen Erfolgshonorars ruht auch heute auf demselben Gedanken, den wir in dem Fall von Marius Paulus gesehen haben. Unten gewissen Umständen arbeitet nämlich das Erfolgshonorar gegen den Auftragsgeber und das Gemeinwohl. Der Beauftragte hat nicht immer das Interesse, den Prozess vollständig und mit voller Kraft durchzuführen. Er will so viel Geld wie möglich innerhalb der kürzesten Zeit verdienen und bei der ersten Angelegenheit wird er abtreten, um neue Profitmöglichkeiten zu suchen. Der Anwalt, der aufgrund eines Erfolgshonorars arbeitet, wird die Summe, die seinem Klienten gerechterweise zusteht, nicht unbedingt herausverlangen. Nach den schnellen Anfangsprofitten werden seine zusätzliche Anteile erheblich geringer, und er wird bald kein Interesse mehr daran haben, für einen solch geringen Betrag seine kostbare Zeit und Arbeitskraft aufzuopfern. Für den Anwalt ist es dann effektiver den Auftrag zu beenden, und einen neuen Kunden aufzusuchen. Der neue Klient wird ihn wieder mit den großzügigen Anfangsprofitten belohnen.

Anhand dieser rationellen Erwägungen wird es verständlich, warum die Anwaltslobbys überall für die Abschaffung des Erfolgshonorarsverbots arbeiten. Die Anwälte können nämlich ihren Profit mit Hilfe solcher Vereinbarungen leicht maximieren.

8. Francesca Lamberti stellte das Network Leda, internationales Netzwerk für fe-

ministische Geschlechterstudien und romanistische Rechtstraditionen. Seit dem Frühjahr 2008 kooperieren Rechtswissenschaftlerinnen aus Europa und Lateinamerika im Rahmen des ‚Leda‘-Netzwerks, um gemeinsame Forschungen auf den Gebieten der römischen Rechtstraditionen, Antikenrezeption, Wissenschafts-, Ideen- und Mentalitätsgeschichte sowie der feministischen Geschlechterstudien zu lancieren. Dabei wird versucht, kritisch Themen zu hinterfragen, die in Fachkreisen als abgehandelt und bekannt gelten oder jüngst wieder zu tagespolitischen Zwecken verdünnt werden. Seit seiner Gründung organisierte das Network vier sog. *Symposia* (2009 in Graz, 2010 in Buenos Aires, 2011 in Lecce, 2012 in Bilbao-San Sebastián) und veröffentlichte in der „Leda“-Reihe sechs Bände (V. Kühne, *De la mejor manera de ejercitar el poder sobre las mujeres. La ley Opia: un antiguo debate*, Buenos Aires 2008; E. Höbenreich, V. Kühne, *Las mujeres en Roma antigua. Imágenes y derecho*, Lecce 2009; F. Lamberti, *Romanización y ciudadanía. El camino de la expansión de Roma en la República*, Lecce 2009; R. Mentxaka, *Cipriano de Cartago y las virgenes consagradas. Observaciones histórico-jurídicas a la carta cuarta de sus epistulae*, Lecce 2010; Aa.Vv., cur. E. Höbenreich, V. Kühne, *El Cisne: Derecho Romano, biologismo y algo más*, Lecce 2011; Aa.Vv., cur. E. Höbenreich, V. Kühne, F. Lamberti, *El Cisne II. Violencia, proceso y discurso sobre género*, Lecce 2012). Das nächste Leda-Symposium wird behandeln als Thema *Die vermögensrechtliche Fähigkeit der Frau*.

9. Die dritte Sitzung unter dem Vorsitz von Shigeo Nishimura (Fukuoka) hat Themen aus dem Bereich des öffentlichen römischen Rechts berücksichtigt. Die Präsentation von Silvia Schiavo (Ferrara) trägt wesentlich zur Quellenbearbeitung und Erläuterung bei. Eine Sammlung von dreißig Edikten von *praefecti praetorio* aus verschiedenen östlichen Provinzen des 5. und 6. Jahrhunderts wird veröffentlicht. Die Verordnungen, die zurück zur Herrschaft von Basileios gehen, beziehen sich hauptsächlich auf Verfahrensfragen.

10. Besson Arnaud (Neuchâtel) studierte die Auswirkungen der *Constitutio Antoniniana* im griechischen Raum vom 2. bis zum 4. Jahrhundert. Die Besonderheit diesbezüglich ist die griechische politische Tradition der polis – kratos und ihre Rechte, die die griechischen Gemeinde geprägt hatten. Er schlägt eine neue Interpretation der historiographischen Literatur vor, die von der bisher herrschenden Meinung insofern abweicht, dass sie die Verleihung des Status des römischen Bürgerrechts an allen Einwohnern des römischen Reichs nicht mehr als ein Zeichen der Dekadenz des Römischen Reiches betrachtet. In der Diskussion ist eine Frage über die Überlieferung gestellt worden: von welcher Zeit ist die letzte Quelle von Privilegien, die sich auf die *civitas libera* bezieht.

Eine Inschrift der Zeit des Kaisers Valerians (254/256) überliefert noch Privilegien von Aphrodisias. Diese Inschrift stellt ein Beweis dafür dar, daß die Institutionen nach der *Constitutio Antoniniana* nicht modifiziert worden sind. Jedenfalls haben wir keine andere Überlieferung aus der späteren Zeit, die die Privilegien bestätigen könnte. Deswegen vertritt Claude Lepelley die Vermutung, daß das Privilegium der libertas in der Zeit Diokletians außer Geltung sein sollte. Sicher kann man nicht sein.

Die freie Städte galten als Bezirken außerhalb der Provinz, so daß das provinziale Edikt theoretisch keine Geltung in ihrem Bereich hatte. Die freien Städte wurden vom

Geltungsbereich der Edikten ausgeschlossen. Die Frage, ob ein provinZIALES Edikt in der Kaiserzeit überhaupt existierte, bleibt noch offen.

11. Milan Milutin (Novi Sad) hat über einige Aspekten der Beziehung zwischen Konstantin der Große und Likinius referiert. Konstantin der Große hat eine *damnatio memoriae* nach dem Sieg über Licinius im Jahre 324 durchgesetzt. Auf der Frage, ob mehrere nachfolgenden Kompilatoren die *fasti* benutzt haben, um den Inhalt der Subskription zu ergänzen und zu korrigieren, meinte Milutin, daß diesbezüglich der Dauer der *damnatio memoriae* in der Praxis von Bedeutung ist. Andererseits ist die genaue Erklärung der Konstitution CTh. 15.14.1 (16. Mai 324), die die Erinnerung von Licinius verbot, betraf die Erwähnung seines Namens auf Inschriften nicht. Der Text lässt Raum für unterschiedliche, auch widersprüchliche Erklärungen. Es ist auch möglich, daß interne, psychologische Faktoren die nicht konsequente Umsetzung der *damnatio memoriae* Sanktion beeinflusst gehabt zu haben.

12. Basak Karaman (Galatasaray) hat sich mit den Begriffen der *polis*, der *civitas* und des Bürgers beschäftigt. Der gewöhnliche Begriff der antiken Stadt als Stadtstaat, der sich auf das Modell der griechischen *polis* basierte, scheint nach dem römischen Expansionismus und im Lichte der *Constitutio Antoniniana* (212 n. Chr.) in Krise gestellt worden zu sein. Die römische Stadt (und das römische Bürgerrecht) seien von den Zeitgenossen als *societas iuris* verstanden worden (Cic. *de rep.* 1.32.49; *pro Balb.* 13.31). Nach Karaman, die an die Meinungen von Catalano anknüpft, findet insbesondere der Ausdruck *civitas augescens* seinen Niederschlag in der (vermuteten) universalistischen Auffassung Kaisers Iustinian (bei dem die Rede von «*civitas amplianda*» ist). Im zweiten Teil ihres Vortrages hat Karaman die Entwicklung der römischen Begriffen von *civis* und *civitas* in der modernen (laien und nationalistischen) Türkei dargestellt.

13. Die letzte Sitzung – unter dem Vorsitz von Eva Jakab (Szeged) – bestand aus privatrechtlichen Präsentationen. Éva Nagy, (Szeged) hat die Sachmängelgewährleistung im römischen Recht untersucht. Die kurulischen Aedilen wollten die Verantwortung für die Sachmängel der Kaufsache regeln, um den uninformatierten und unerfahrenen Käufern prozessrechtlich zu helfen. Rechtsvergleichende Aspekte der antiken und der modernen Sachmängelgewährleistungsregeln werden dabei mitberücksichtigt. Der Handel von Waren hat begonnen, wenn die Römer Italien allmählich zu erobern begannen: Die Römer nahmen Tausende von Kriegsgefangenen und das führte zum Wachstum des Sklavenhandels in der vorklassischen Rom. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die *stipulatio* zu einem Versprechen für das Vorhandensein bestimmter Merkmale oder für die Mangelfreiheit der Kaufgegenstand (*stipulatio duplae*). Aufgrund von einer Stelle in *FIRA III* 88 aus Dacia im Jahre 142 AD wurde die *auctoritas* Haftung des Käufers analysiert. Nagy kommt zum Ergebnis, daß es eine Vielfältigkeit von Rechtsbehelfe zugänglich war, um die Mangelfreiheit der verkauften Sache zu versichern (*actio ex stipulatu duplae*, *actio redhibitoria*, *actio quanti minoris*). Die Haftung des Käufers wird differenziert je nachdem, ob er *sciens* oder *ignorans* hinsichtlich des Mangels beim Vertragsabschluß gewesen ist.

14. Norbert Pozsonyi (Szeged) hat die *manumissio inter amicos* aufgrund einer zweisprachigen Urkunde aus Ägypten (*FIRA* III 11) dargestellt. In seinem Vortrag wirft Pozsonyi einen Blick in der Alltagspraxis der Manumissionen: Wie wurden die Freilassungen in den Rechtsurkunden dokumentiert? Den Ausgangspunkt bildet eine Wachstafel aus Ägypten, aus dem Jahre 221 n.Chr. (*FIRA* III 11). Es handelt sich um eine *manumissio*, die in den Lehrbüchern als „prätorische“ Freilassung eingestuft wird: die *manumissio inter amicos*. Das Dokument ist ein Diptychon, das über einen *dominus* (Marcus Aurelius Ammonion Lupergu, der Sohn des Sarapion), der seine im Haus geborene (*verna*), 34 Jahre alte Sklavin, Helene, gegen 2.200 Drachmen freigelassen hat, berichtet. Es ist bemerkenswert, dass die Summe von einem Dritten, einem gewissen Aurelius Ales Inaroutis, zugezählt wurde. Der anschließende griechische Teil (von einer zweiten Hand geschrieben) ist jedoch subjektiv stilisiert, in der 1. Person Singular formuliert; es handelt sich also um ein *chirographum*. Hier erklärt Markos Aurelios Ammonion selbst, dass er seine Sklavin vor Zeugen (μεταξὺ φίλων) freigelassen und aus diesem Grund von Aurelios Ales Inaroutos 2.200 Drachmen erhalten habe.

Von einer dritten Hand geschrieben folgt die Bestätigung, daß Aurelios Ales Inaroutos, diese 2.200 Drachmen zugezählt zu haben. Aus dem Schlusssatz erfahren wir, dass (zumindest) dieser Teil des Textes nicht eigenhändig geschrieben wurde, weil die Partei des Schreibens nicht kundig war (*FIRA* III 11, linien 16-25). Eine Digestenexegese der Entscheidung des Papinians (D. 40.1.19, Pap. 30 *quaest.*) ermöglicht den Vergleich zwischen Theorie und Praxis.

15. Panagiotis Daskalopoulos (Heidelberg) hat sich mit der Sittenwidrigkeit der Erbverträge befasst und ist dabei zum Ergebnis gekommen, daß es sich um eine Fehlrezeption der römischen Quellen handelt. Die Rezeptionsjuristen stützen sich in ihrer Argumentation für die Unsittlichkeit der Erbverträge auch auf die Beschränkung der Testierfreiheit, die in den Quellen nicht *expressis verbis* als Begründung verwendet wird. Sie zitierten sämtliche Stellen aus den Digesten und aus dem Codex und sie behaupteten dann, in ausdrücklicher oder schlüssiger Bezugnahme auf diese Codex- und Digestenstellen, die Sittenwidrigkeit der Erbverträge begründet zu haben. Die scholastische Rechtswissenschaft behauptet, dass die Testierfreiheit der Römer, die Ursache gewesen sei, dass die Erbverträge als Geschäfte *contra bonos mores* angesehen werden. Der Referent hat begründet, dass dieser so oft von den mittelalterlichen Auslegern zitierte Satz Ulpianus in einem ganz anderen Zusammenhang angewandt wurde.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch eine Präsentation von Tzeni-Adam Veleni, Leiterin des Archäologischen Museums von Thessaloniki über die römische Zeit von Thessaloniki, vorgestellt.

Kalliopi Papakonstantinou
(Πανεπιστήμιο Θεσσαλονίκης)
krapakon@law.auth.gr